

Ansprache Sr. Majestät des Königs

an die Deputirten des Reichstages
nach Ueberreichung der Adresse desselben in Versailles
am 17. Dezember 1870.

Geehrte Herren!

Indem Ich Sie hier auf fremdem Boden, fern von der deutschen Grenze, empfangen, ist es Mir das erste Bedürfnis, Meiner Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung Ausdruck zu geben, deren wunderbare Fügung uns hier in der alten französischen Königsstadt zusammenführt.

Gott hat uns Sieg verliehen in einem Maße, wie Ich es kaum zu hoffen und zu bitten wagte, als Ich im Sommer dieses Jahres zuerst Ihre Unterstützung für diesen schweren Krieg in Anspruch nahm.

Diese Unterstützung ist Mir in vollem Maße zu Theil geworden, und Ich spreche Ihnen den Dank dafür aus in Meinem Namen, im Namen des Heeres, im Namen des Vaterlandes. Die siegreichen deutschen Heere, in deren Mitte Sie Mich aufgesucht haben, fanden in der Opferwilligkeit des Vaterlandes, in der treuen Theilnahme und Fürsorge des Volkes in der Heimath, in der Einmüthigkeit des Volkes und des Heeres ihre Ermuthigung in schweren Kämpfen und Entbehrungen.

Die Gewährung der Mittel, welche die Regierungen des Norddeutschen Bundes noch in der eben geschlossenen Session des Reichstages für die Fortsetzung des Krieges verlangten, hat Mir einen neuen Beweis gegeben, daß die Nation entschlossen ist, ihre volle Kraft dafür einzusetzen, daß die großen und schmerzlichen Opfer, welche Mein Herz wie das Ihrige tief bewegen, nicht umsonst gebracht sein sollen, und die Waffen nicht aus der Hand zu legen, bis Deutschlands Grenze gegen künftige Angriffe sicher gestellt ist.

Der Norddeutsche Reichstag, dessen Grüße und Glückwünsche Sie Mir überbringen, ist berufen gewesen, noch vor seinem Schluß zu dem Werke der Einigung Deutschlands entscheidend mitzuwirken. Ich bin demselben dankbar für die Bereitwilligkeit, mit welcher er fast einmüthig seine Zustimmung zu den Verträgen ausgesprochen hat, welche der Einheit der Nation einen organischen Ausdruck geben werden.

Der Reichstag hat, gleich den verbündeten Regierungen, diesen Verträgen in der Ueberzeugung zugestimmt, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unsern süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses, bemessen und dargeboten worden sind. Ich hoffe, daß die Vertretungen der Staaten, denen jene Verträge noch vorzulegen sind, ihren Regierungen auf dem betretenen Wege folgen werden.

Mit tiefer Bewegung hat Mich die durch Se. Majestät den König von Bayern an Mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten Deutschen Reichs erfüllt. Sie, Meine Herren, bringen Mir im Namen des Norddeutschen Reichstages die Bitte, daß Ich Mich dem an Mich ergehenden Rufe nicht entziehen möge.

Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstages entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohen Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht Mein eigenes Gefühl, auch nicht Mein eigenes Urtheil Meinen Entschluß bestimmen kann.

Nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter werde Ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem Ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf.

Es wird Ihnen wie Mir zur Genugthuung gereichen, daß Ich durch Se. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständnis aller deutschen Fürsten und freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht.

Weihnachten 1870.

Das bevorstehende Weihnachtsfest mahnt uns, den Geist von den täglichen Sorgen nach oben zu richten, dahin, wo nicht bloß für die Einzelnen, sondern auch für die Völker die rechte Quelle aller Kraft und alles Gedeihens zu finden ist.

Wie sollte nicht in diesem gewaltigen Jahre grade der Weihnachtsgruß der himmlischen Heerschaaren in den Herzen unseres Volkes tief und ernst widerhallen! Mehr als jemals sind ja die Geister gestimmt, dem lebendigen Gott die Ehre zu geben, dessen gnadenreiches Walten in unseren Geschicken so unverkennbar hervortritt.

Einen solchen Advent und solche Weihnachten hat unser Volk noch niemals gefeiert, noch nie, so lange es eine deutsche Geschichte giebt, hat der Herr der Heerschaaren sich so mächtig an uns betheätigt, wie in dieser Zeit schwerster Prüfung und wunderbarsten Triumphes.

„Ehre sei Gott in der Höhe“ — so klingt es gewiß in diesen Tagen mit inbrünstigem Danke durch ganz Deutschland — und die tiefere Stimmung, welche alle Kreise erfüllt, wird unserem Volke sicherlich zu dauerndem Segen gereichen. Ebenso wie die Freiheitskriege am Anfange dieses Jahrhunderts ein Quell der sittlichen Kräftigung für unser Volk wurden, so wird es auch die jetzige große und erhebende Zeit sein.

Eben darum findet inmitten aller glorreichen Kriegserfolge auch der Friedensgruß des Weihnachtsfestes freudigen Widerhall in unserem Volke.

„Friede auf Erden!“ Das ist der lebendige und aufrichtige Wunsch deutscher Herzen von unserem königlichen Kriegsherrn bis in die Hütten hinab.

Je mehr freilich in dieser Weihnachtszeit, wo Tausende mit Wehmuth der Theuern gedenken, welche der Tod fürs Vaterland ihnen entzissen hat, wo Millionen mit Gedanken der Sehnsucht bei den Ihrigen im feindlichen Lande weilen, je mehr grade in dieser Zeit die Friedenswünsche erwachen mögen, desto lebendiger und kräftiger wird doch überall die Ueberzeugung sein, daß uns nur ein solcher Frieden wahrhaft frommen kann, welcher der gebrachten Opfer werth ist und die Bürgschaften der Dauer in sich trägt. So ernst und tief das Sehnen nach dem Frieden sein mag, so ist doch unser Volk vor Allem entschlossen, jedes Opfer auch ferner zu bringen und in vollster Hingebung auszuharren, bis die Ziele des jetzigen Niesenkampfes vollauf erreicht sind.

Es kann kaum noch einem Zweifel unterliegen, daß wir eine gnadenreiche Fügung Gottes auch darin zu erkennen haben, daß der jetzige Kampf ernster und durchgreifender ausgekämpft werden muß, als es nach den ersten großen Siegen den Anschein hatte. Wenn damals, nach dem Tage von Sedan zumal, von den Meisten ein rascher Friedensschluß in Aussicht genommen wurde, so haben doch die Erfahrungen, welche wir inzwischen in Bezug auf den Volksggeist in Frankreich gemacht haben, vollends erkennen lassen, daß ein damaliger Frieden ein vorzeitiger und trügerischer gewesen wäre, und daß die Fortdauer des Kampfes auf einer tieferen Nothwendigkeit beruhete, um Frankreich erst zum vollen Bewußtsein seiner Niederlage und zum Aufgeben all des Wahns zu bringen, mit welchem es sich selbst seither betrogen hat. Jetzt bleibt, so Gott will, die letzte Kriegsarbeit zu vollbringen, um einen ernststen, wahrhaften Frieden zu erringen.

Friedensgedanken sind es vor Allem auch, mit welchen Deutschland die erste Frucht der blutigen Aussaat, die Erhebung des neuen deutschen Reichs begrüßt. Wenn sich die Hoffnungen erfüllen, welche die Fürsten und Stämme deutscher Nation an Kaiser und Reich knüpfen, so wird das neue Deutschland immer mehr ein Reich des Friedens und des Wohlgefallens inmitten der Völker sein zur Ehre Gottes!

Armeebefehl des Königs

am 6. Dezember 1870.

Soldaten der verbündeten deutschen Armeen! Wir stehen abermals an einem Abschnitt des Krieges.

Als Ich zuletzt zu Euch sprach, war mit der Kapitulation

von Metz die letzte der feindlichen Armeen vernichtet worden, welche uns beim Beginn des Feldzuges gegenüberstanden.

Seitdem hat der Feind durch die außerordentlichsten Anstrengungen uns neu gebildete Truppen entgegengestellt, ein großer Theil der Bewohner Frankreichs hat seine friedlichen, von uns nicht gehinderten Gewerbe verlassen, um die Waffen in die Hand zu nehmen.

Der Feind war uns an Zahl oft überlegen, aber dennoch habt Ihr ihn wiederum geschlagen; denn Tapferkeit und Mannszucht und das Vertrauen auf eine gerechte Sache sind mehr werth, wie die Ueberzahl.

Alle Versuche des Feindes, die Eernirungslinie von Paris zu durchbrechen, sind mit Entschiedenheit zurückgewiesen worden, oft zwar mit vielen blutigen Opfern — wie bei Champagne und bei le Bourget — aber auch mit einem Heldenthum, wie Ihr ihn überall beweiset.

Die Armeen des Feindes, welche zum Entzug von Paris von allen Seiten heranrückten, sind sämmtlich geschlagen.

Unsere Truppen, die zum Theil noch vor wenig Wochen vor Metz und Straßburg standen, sind heute schon über Rouen, Orleans und Dijon hinaus, und neben vielen kleinen siegreichen Gefechten sind zwei neue große Ehrentage — Amiens und die mehrtägige Schlacht von Orleans — den früheren hinzugetreten. Mehrere Festungen sind erobert und vieles Kriegsmaterial ist genommen worden; somit habe Ich nur Anlaß zur größten Zufriedenheit, und es ist Mir eine Freude und ein Bedürfnis, Euch dies auszusprechen.

Ich danke Euch Allen, vom General bis zum gemeinen Soldaten.

Beharrt der Feind bei einer weiteren Fortsetzung des Krieges, so weiß Ich, daß Ihr fortfahren werdet, dieselbe Anspannung aller Kräfte zu betheiligen, welcher wir unsere bisherigen großen Erfolge verdanken, bis wir einen ehrenvollen Frieden erringen, der würdig der großen Opfer ist, die an Blut und Leben gebracht worden.

H.-D. Versailles, den 6. Dezember 1870.

gez. Wilhelm.

Zur Luxemburger Angelegenheit.

Depeſche des Bundeskanzlers Grafen von Bismarck an die Luxemburgische Regierung.

Versailles, den 3. Dezember 1870.

Der unterzeichnete Kanzler des Norddeutschen Bundes beehrt sich der Hochlöblichen Regierung des Großherzogthums Luxemburg folgende ganz ergebnisse Mittheilung zu machen.

Bei dem Ausbruch des Krieges hat die Regierung Seiner Majestät des Königs erklärt, daß sie die Neutralität des Großherzogthums Luxemburg achten würde unter der Voraussetzung, daß dieselbe auch von französischer Seite respektirt und, wie selbstverständlich, von dem Großherzogthum selbst mit Ernst und gutem Willen aufrecht erhalten werden würde.

Die Königliche Regierung ist diesem Versprechen getreulich nachgekommen und ist in ihrer Rücksicht so weit gegangen, daß sie sich alle Unbequemlichkeiten in Betreff des Transports ihrer Verwundeten auferlegt hat, welche der Protest der französischen Regierung gegen den im Interesse der Menschlichkeit vorgeschlagenen Transport von Verwundeten durch luxemburgisches Gebiet ihr auferlegt.

Zu ihrem lebhaften Bedauern aber hat das Verfahren weder auf französischer noch auf luxemburgischer Seite den gehegten Voraussetzungen entsprochen.

Eine Anzahl von Fällen, in welchen sich eine feindliche Stimmung eines Theils der Bevölkerung selbst bis zu thätlichen Mißhandlungen dortiger deutscher Beamten verfliegen hat, mögen unerwähnt bleiben, um nicht die Großherzogliche Regierung für die Vergehen Einzelner verantwortlich zu machen, welche allerdings eine stärkere Repression verdient haben würden, als ihnen zu Theil geworden zu sein scheint.

Ein eklatanter Fall von Verletzung der Neutralität ist durch die durch nächtliche Eisenbahnzüge von Luxemburg aus betriebene Verproviantirung der Festung Thionville, so lange sie noch in französischen Händen war, eingetreten. Die Großherzogliche Regierung hat ihr Bedauern hierüber ausgedrückt, aber nicht umhin gekonnt, die Thatfache anzuerkennen, und es ist unzweifelhaft konstatirt, daß die Beförderung der betreffenden Eisenbahnzüge nach Thionville nicht hat ohne Konnivenz Großherzoglicher Eisenbahn- und Polizeibeamten stattfinden können. Die Königliche Regierung hat schon bei dieser Gelegenheit ihre Beschwerde an die Großherzogliche Regierung gerichtet und letztere auf die Folgen aufmerksam gemacht, welche ein solches Verfahren nothwendiger Weise nach sich ziehen müsse.

Diese Warnung ist leider nicht beachtet worden.

In der neueren Zeit hat vielmehr die Verletzung der Neutralität

eine Ausdehnung angenommen, welche es der Königlichen Regierung unmdglich macht, sie länger zu übersehen.

Nach der Uebergabe von Metz hat ein massenhafter Durchgang französischer Soldaten und Offiziere durch das Großherzogthum Beaufw. Wiedereintritt in Frankreich unter Umgehung der deutschen Aufstellungen stattgefunden.

In Luxemburg selbst hat sich der dort residirende französische Vize-Konsul auf dem Bahnhof ein förmliches Bureau eingerichtet, in welchem die Flüchtigen mit Mitteln und Bescheinigungen versehen worden sind, um den Marsch nach Frankreich zum Eintritt in die Nord-Armee fortsetzen zu können.

Die Zahl der auf diese Weise den französischen Streitkräften zugeführten Kombattanten beläuft sich nach den vorliegenden Angaben auf über 2000 Mann.

Von Seiten der Großherzoglichen Regierung sind keine Maßregeln dagegen ergriffen worden, die französischen Militärs sind weder internirt, noch an der Rückkehr nach Frankreich mit der offenkundigen Absicht, an dem Kriege gegen Deutschland Theil zu nehmen, verhindert worden. Dem französischen Vize-Konsul sind bei seinem ebenso offenkundigen, der Neutralität des Großherzogthums Hohn sprechenden Verfahren, keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden.

Daß in diesem Durchzuge durch das Großherzogthum zum Zweck des Eintritts in die aktiven französischen Streitkräfte, in der offiziellen Vermittelung desselben durch den Beamten der französischen Regierung, in der Duldung dieses Verfahrens durch die Großherzogliche Regierung eine flagrante Verletzung der Neutralität des Großherzogthums liegt, kann nicht in Zweifel gezogen werden.

Hiermit sind die Voraussetzungen, an welche die Königliche Regierung die Beobachtung der Neutralität des Großherzogthums knüpfen mußte, nicht mehr vorhanden.

In Folge dessen hat der Unterzeichnete auf Befehl Sr. Majestät des Königs die Ehre, der Großherzoglichen Regierung zu erklären, daß die Königliche Regierung auch ihrerseits in den militärischen Operationen der deutschen Heere sich durch keine Rücksicht auf die Neutralität des Großherzogthums mehr gebunden erachtet, und daß sie die Verfolgung ihrer Ansprüche an die Regierung des Großherzogthums wegen der ihr durch Nichtaufrechterhaltung der Neutralität zugefügten Schädigung und die nöthigen Maßregeln zur Sicherstellung gegen ähnliche Vorkommnisse sich vorbehält.

Indem der Unterzeichnete sich hinzuzufügen beehrt, daß die Regierungen, welche den Vertrag vom 11. Mai 1867 unterzeichnet haben, hiervon in Kenntniß gesetzt sind, benutzt er auch diesen Anlaß zu erneuerter Versicherung seiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Bismarck.

Vom Kriegsschauplatz

sind in der letzten Woche Nachrichten von größerer Wichtigkeit nicht eingegangen; aus den Meldungen geht jedoch hervor, daß unsere Armeen an der Loire, wie im Norden und im Süden, die errungenen Vortheile kräftig verfolgen und ihre Stellungen für die ihnen noch verbleibenden weiteren Aufgaben befestigen.

Die französische Loire-Armee war nach der Einnahme von Orleans in zwei Theile auseinander gefallen. Die Truppen nördlich der Loire, unter General Chanzy, hatten zunächst die Aufgabe, Tours zu decken und widersetzten sich dem Vorrücken des Großherzogs von Mecklenburg in hartnäckigen Kämpfen bei Beaugency. Nachdem sie ungeachtet ihrer Ueberzahl wiederholt geschlagen waren und nachdem eine Abtheilung unseres 9. Armeekorps jenseits der Loire gegen Blois vorgerückt war, gab General Chanzy die Vertheidigung dieses wichtigen Punktes und damit den Schutz von Tours auf. Blois wurde am 13. von unsern Truppen besetzt, die französische Regierungs-Abtheilung aber übersiedelte schleunigst von Tours nach Bourdeaux (im äußersten Südwesten Frankreichs).

General Chanzy richtete nunmehr seine Bewegungen nordwestlich auf Vendome und Le Mans, um sich mit den dort neu zusammengezogenen und ausgerüsteten Truppen zu vereinigen und von da unsere Stellungen bei Paris zu bedrohen.

Die Armee des Großherzogs von Mecklenburg (zu welcher nach den heißen Kämpfen von Beaugency statt des bayerischen Corps unser 10. hannoversches Corps gezogen worden ist) folgte dem Feinde auf dem Fuße, nahm nach mehreren siegreichen Gefechten am 16. Vendome und rückte alsbald von mehreren Seiten auf Le Mans weiter vor. Die große Zahl an Gefangenen, welche überall in unsere Hände fallen und mehr noch die Tausende von Marodeurs, welche hinter dem französischen Corps zurückbleiben, geben Zeugniß von dem geringen militärischen Halt, welcher in den rasch zusammengebrachten Armeen vorhanden ist.

Die republikanische Regierung hat sich durch diese Zustände zu einer Maßregel veranlaßt gesehen, welche ein eigenthümliches Licht auf die angebliche Kriegsbegeisterung des französischen Volkes fallen läßt: es sollen nämlich hinter jeder Armee Gensd'armie-Abtheilungen errichtet werden, welche zugleich ständige Kriegsgerichte für alle Fälle feiger Flucht bilden sollen. Am Anfange des Krieges wurde den Franzosen vorgespiegelt, in Preußen gäbe es Armee-Gensd'armie, um die widerwillige Landwehr ins Feuer zu jagen. Was damals lügenhaft gegen uns erfunden wurde, das wird jetzt für die Soldaten der französischen Republik zur Wahrheit.

Die französische Regierung unter dem allmächtigen Gambetta scheint jedoch die Hoffnung auf einen erfolgreichen Widerstand noch keineswegs aufzugeben, vielmehr mit erneuter Kraftanstrengung die Trümmer der bisherigen Armeen zu sammeln und durch neue Zuzüge im Norden, Westen und Süden zu stärken.

Unsere II. Armee unter Prinz Friedrich Carl hat in neuester Zeit in enger Verbindung mit dem Großherzog von Mecklenburg eine Stellung an der Loire genommen, in welcher sie jeden Augenblick bereit ist, allen Versuchen eines erneuten Vorstoßes vom Süden, wie vom Westen her wirksam zu begegnen.

Inzwischen scheint Gambetta im Einverständnis mit Trochu einen neuen Angriff vom Norden her mit einem gleichzeitigen Ausfall aus Paris in jener Richtung vorzubereiten.

Während unsere I. Armee unter General von Mantouffell ihren Siegeslauf von Amiens über Rouen nach Dieppe und in der Richtung auf Havre fortsetzte, sammelte der Befehlshaber der französischen Nordarmee neue Kräfte bei Lille und Arras und schob einen Theil derselben hinter unserer Armee in der Richtung auf Paris vor. Kleinere Abtheilungen unserer Truppen wurden bei La Fère und bei Ham von zahlreichen Haufen Mobilgarden überrascht.

Gegen die Gefahr eines größeren Vorstoßes der französischen Nordarmee ist jedoch unsererseits alsbald Vorkehr getroffen worden, indem General von Mantouffell seine Armee neuerdings in Stellungen konzentriert hat, von welchen er den Bewegungen des Feindes in jedem Augenblick zu begegnen im Stande sein wird.

Vor Paris hat in den letzten Wochen volle Ruhe geherrscht. Vermuthlich hat General Trochu vor einem etwaigen neuen, und dann wohl letzten Ausfallversuche bestimmtere Nachrichten über das zu erhoffende Zusammenwirken mit den Kräften außerhalb Paris abwarten wollen.

Inzwischen lassen mancherlei Anzeichen darauf schließen, daß unsererseits, falls nicht in bestimmter näher Zeit die Uebergabe von Paris erfolgt ist, zum förmlichen Angriffe der Forts übergegangen werden soll.

Im Süden hat unser 14. Corps unter General von Werder, welches in seinen Operationen jetzt auch von der von Metz herbeigerückten 13. (westfälischen) Division unterstützt wird, mehrere nicht unerhebliche Erfolge davon getragen. Am 16. wurde eine feindliche Abtheilung bei Langres in fester Stellung angegriffen und nach mehrstündigem Kampfe in die Festung zurückgeworfen. Am 18. griff General von Werder den Feind, welcher in beträchtlicher Stärke bei Nuits stand, an; am Abend war Nuits genommen und etwa 600 Gefangene gemacht.

Ueber die französischen Berichte vom Kriegsschauplatz

Schreibt das »Militär-Wochenblatt«:

»Man hat, namentlich im Ausland, lange an der Wahrhaftigkeit deutscher Gefechtsberichte gezweifelt, weil sie nur Siege und stets nur Siege verkündigten, wie sie denn in der That nur Siege verkündigen konnten. Da aber die deutschen Heere nach Sedan, Paris, Orleans und Rouen vorschritten, Straßburg und Metz fielen, hat man sich gern oder ungern überzeugen müssen, daß die diesseitigen Angaben einfach die pflichtmäßigen Berichte der Truppenführer an das Ober-Kommando wiedergaben.

Wer sich die Mühe geben will, die sämtlichen französischen Bulletins nachzulesen, wird dort ebenfalls nur eine Reihe von Siegesberichten finden, die nichtsdestoweniger zu den Kapitulationen ganzer

Heere und starker Festungen, so wie zum Verlust eines beträchtlichen Stückes französischen Bodens geführt haben. Dem urtheilenden Leser mußten daher starke Zweifel an der Richtigkeit der französischen Angaben sehr bald aufsteigen, da sie mit den unmittelbar folgenden, thatsächlichen Begebenheiten im schreienden Widerspruch standen.

In Frankreich entstehen solche Bedenken nicht, der Franzose glaubt Alles, wenn es seiner Eigenliebe schmeichelt. In keinem andern Lande würde die offizielle Presse wagen, ihr Publikum wie Narren oder Kinder zu behandeln. Es ist ein gewöhnlicher Kunstgriff in der Relation einer verlorenen Schlacht, den Bericht kurz vor der Entscheidung abzubrechen. »Bis 6 Uhr Abends standen die Dinge vortreflich«, daß dann der Rückzug anfing, wird vorerst nicht gesagt, aber angeführt, daß an irgend einem dritten Punkt, den der Leser vergeblich auf dem Schlachtfelde sucht, weil er 20 Meilen davon entfernt liegt, ein Erfolg erreicht ist, wäre es auch nur die Gefangennehmung von »zwei preussischen Ulanen«. Stets mit Recht wird angeführt, daß die Truppen sich tapfer geschlagen, ihre Begeisterung war unwiderstehlich, nur daß die deutsche Standhaftigkeit noch größer war. »Unsere Stellung ist vortreflich«, heißt es, wenn eine Armee von 150,000 Mann sich in eine Festung einschließen läßt, und »der Geist der Truppen ist vorzüglich«, ist die stets wiederkehrende Phrase, wenn nach einem Mißerfolg es recht schlecht darum bestellt sein mag.

Die Dinge müssen schlecht stehen, wenn man die Hüte zu Hilfe nimmt, um der Menge Muth zu machen. Die Regierung täuscht das Volk über seine Lage, die Advokaten in Tours täuschen die Advokaten in Paris und umgekehrt, der Eine wissend, daß er selbst keine Hilfe leisten kann, um Hilfe von dem Andern zu erlangen, die er ebensowenig zu leisten vermag. Wie auf Kosten dieses unglücklichen Landes Trug und Unwissenheit sich dabei in die Hände arbeiten, davon mag die nähere Betrachtung des amtlichen Berichts der Regierung in Tours (über den Ausfall von Paris) ein Beispiel geben.

(Es wird nun die Unwahrheit des Berichts, welcher als amtliches Dokument Namens der Republik veröffentlicht worden ist, Satz für Satz dargelegt und hinzugefügt.)

Das Resultat des vermeintlichen »großen Sieges« ist, abgesehen von einem bedauerlichen Verlust an Menschen auf beiden Seiten, daß die deutsche Stellung absolut dieselbe ist wie zuvor, und daß seit der ersten Einschließung auch nicht ein Zollbreit Terrain verloren worden ist.

Ist es nun wirklich möglich, daß ein Mitglied der Regierung von Frankreich zu solchen Mitteln greift, um ein großes Volk, nachdem dies vergeblich versucht hat, einer tapferen und wohldisziplinierten Armee Widerstand zu leisten, durch Vorspiegelung falscher Thatsachen zu verzweifelten Anstrengungen zu spornen, und so dasselbe unnützerweise auf die Schlachtbank führt?

Die deutsche Reichsverfassung und die süddeutschen Landtage.

Nachdem die Verträge zwischen dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Regierungen in Betreff der Neugestaltung Deutschlands die Zustimmung des Norddeutschen Reichstags erhalten haben, trat an die Landtage der süddeutschen Staaten die Aufgabe heran, über die Verfassung Deutschlands zu berathen.

In Baden haben Regierung und Volksvertretung von Neuem dafür Zeugniß abgelegt, daß sie in vollster Uebereinstimmung ihre Wünsche und Bestrebungen dem Gedeihen des deutschen Einigungswerkes zuwenden. Der außerordentliche Landtag in Karlsruhe wurde am 13. Dezember durch den Staats-Minister Jolly eröffnet, welcher im Namen des auf dem Kriegsschauplatz weilenden Großherzogs folgende Erklärungen abgab:

»Sie sind, durchlauchtigste und hochgeehrte Herren, berufen, die Verträge, durch welche die künftige Gestaltung Deutschlands bestimmt wird, zu berathen und denselben durch Ihre Zustimmung in unserem Lande verfassungsmäßige Geltung zu verleihen. Diese Verträge gewähren das Ziel unserer langjährigen Wünsche und Bestrebungen: die Verbindung der deutschen Einzelstaaten zu einem politischen Ganzen. Se. Königl. Hoheit vertrauen, daß der Gedanke der politischen Einheit der Nation, der in Erneuerung der altherwürdigen Kaiserwürde seinen symbolischen Ausdruck findet, mit Hilfe der gewonnenen Verfassungsformen, welche den Einzelstaaten für ihre inneren Angelegenheiten genügende Selbständigkeit wahren, zu einer reicheren und kräftigeren Verwirklichung gelangen werde. Möge der tief gefühlte Wunsch unseres Fürsten und Herrn in Erfüllung gehen, daß die Saat der politischen Einigung, gedüngt mit dem edelsten Blut, errungen durch die schwersten Opfer, gedeihe zum Heil des Ganzen und aller seiner Glieder. — Im Namen und im Auftrage Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs erkläre ich die Stände-Versammlung für eröffnet.«

Im Laufe der Berathungen gab der Minister noch folgende Aufschlüsse: »Gleich nach den ersten glücklichen Erfolgen der deutschen Waffen machte die badische Regierung die ersten Mittheilungen an das Bundeskanzleramt über die Ziele, welche die Großherzogliche Regierung als Preis des Kampfes für das deutsche Volk ansah, und zwar 1) Sicherstellung der deutschen und vor Allem der süddeutschen Grenze. Den Unterstellungen einer nöthigenden Presse gegenüber, welche diesen Gedanken dem erobertungsfüchtigen Preußen zuschreiben,

sei es Pflicht, zu betonen, daß Baden, als einer der südlichen Staaten, zuerst es war, welches die Frage von einer besseren süddeutschen Grenze in Anregung brachte. Ich glaube, sagte der Minister, im Sinn und Interesse unseres Landes gehandelt zu haben. Wer in diesem Lande in banger Zeit unter den Kanonen des Feindes gelebt hat, wie wir, wird diese Fürsorge begreifen. Nicht preussischer Ehrgeiz, sondern das friedfertige Bedürfnis der Sicherheit eines süddeutschen Staates gab den ersten Anstoß zur Wiedererwerbung der ehemals deutschen Provinzen, und ich rechne es mir zur Ehre an, hierbei mitgewirkt zu haben. Fern ist es für uns in Baden, für unser Land etwas annectiren zu wollen, und ich kann die ganz bestimmte Mittheilung machen, daß, wofern nur der Krieg zu einem glücklichen Ende geführt wird, die fraglichen Landschaften deutsches Reichsland werden.

Bei der Abstimmung im badischen Abgeordnetenhaus erfolgte die Genehmigung der Verfassungsverträge mit Stimmeinigkeit.

Im Darmstädtischen Landtage hat der mit der Begutachtung der Verträge beauftragte Ausschuss sich einstimmig für den Antrag entschieden, den vorgelegten Vereinbarungen die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen, und die Kammer trat diesem Antrage bei.

In Württemberg ist die Ständeversammlung am 19. d. Mts. durch den König mit einer Thronrede eröffnet worden, die sich im Wesentlichen wie folgt ausspricht:

»In gerechten Kriegen haben unter ruhmvoller Führung die Heere Deutschlands glorreiche Erfolge erkämpft; ihre Hingebung und Tapferkeit werden die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands verbürgen und den ersehnten Frieden erringen. Auch meine Truppen haben mit Heldenmuth siegreich gekämpft. Stolz und dankbar blickt das Land auf seine Söhne, den Gefallenen ein ehrenvolles Andenken bewahrend. Die Waffengemeinschaft, in welcher Deutschlands Stämme verbunden sind, hat in der Nation den Drang auch nach politischer Einigung mächtig angefaßt. Wird dieses Ziel, um welches Deutschland so lange gerungen hat, jetzt nicht erreicht, so fehlt den weltgeschichtlichen Ereignissen dieses Jahres die höchste Weihe. Die von meiner Regierung mit dem Norddeutschen Bunde und den Regierungen von Baden, Bayern und Hessen abgeschlossenen Verträge über Bildung eines deutschen Bundesstaates unter Wiederherstellung der geschichtlichen Namen »Kaiser« und »Reich« werden Ihnen, den gesetzlichen Vertretern meines Volkes, zur Ertheilung Ihrer verfassungsmäßigen Zustimmung alsbald vorgelegt werden. Sie werden, ich vertraue darauf, die Vorlagen prüfen in patriotischer Hingebung nach großen Gesichtspunkten im Hinblick auf das hohe Ziel und den Raum, welcher der gedeihlichen Entwicklung gegeben ist.«

Die württembergische Landesvertretung ist soeben erst aus Neuwahlen hervorgegangen, in welcher der Umschwung der dortigen Volksstimmung zu Gunsten der nationalen Sache einen sehr entschiedenen Ausdruck gefunden hat. In der neuen Kammer sind die Gegner der Verträge so schwach vertreten, daß eine sehr starke Mehrheit für das deutsche Verfassungswerk mit Zuversicht zu erwarten ist.

Nur im bayerischen Landtage scheint das Schicksal der Verfassungsvorlage fürs Erste noch nicht völlig gesichert.

Von Seiten der Regierung wurden die Verträge lebhaft befürwortet und ausführlich begründet. Der Minister des Auswärtigen, Graf Bray, wies namentlich darauf hin, daß die Verträge zwar durch die weltgeschichtlichen Ereignisse des gegenwärtigen Krieges und die dadurch hervorgerufene Stimmung beschleunigt worden seien, doch auf Grundlagen beruhen, die dem Bedürfnis einer dauernden Schöpfung genügen. Bayern habe der deutschen Einigung erhebliche Zugeständnisse zu machen gehabt; aber dadurch trage es bei, Deutschland zu einer Großmacht ersten Ranges zu erheben und erhalte innerhalb der Bundesgemeinschaft eine bevorzugte Stellung, die seiner geschichtlichen und geographischen Bedeutung entspreche.

Der Justizminister von Luz warf in einer trefflich ausgeführten Rede zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der jüngsten Verträge und auf die Entwicklung der bayerischen Politik. Ferner hob er hervor, daß Bayern durch die Verhältnisse zu einer Neugestaltung Deutschlands gedrängt worden sei, aber keinerlei Zwang oder Nothigung von Norddeutschland aus zu erleiden hatte. Man habe auf jener Seite in lokaler Weise vermieden, selbst Vorschläge zu machen, um die Empfindlichkeit Bayerns zu schonen. Der Minister schloß mit folgenden Worten: »Jetzt steht die Entscheidung über die Verträge bei Ihnen, die Entscheidung, aber nicht die Wahl. Wie der Richter entscheidet, nicht wählt, und wie er das Urtheil sprechen muß, so wie er das Recht erkennt, so sage ich, wenn Sie die Lage Bayerns prüfen, ruhig und vorurtheilslos, so müssen Sie die Verträge annehmen!«

In dem Ausschusse, welcher die Verfassungsvorlage zu begutachten hat, ist das Uebergewicht anscheinend auf Seiten der Gegner der Verträge. Dennoch darf man erwarten, daß auch dort das Schwergewicht des nationalen Bedürfnisses alle Bedenken überwiegen werde, um so mehr, als die bayerischen Interessen bei den vorliegenden Vereinbarungen gerade eine besondere Berücksichtigung gefunden haben.

Die bayerischen Stände werden die Verantwortung nicht auf

sich nehmen, ihrerseits den Abschluß des großen Werkes zu verzögern, durch dessen kräftige Anregung König Ludwig sich ein so großes Verdienst um das deutsche Vaterland erworben hat.

Deutschland und Oesterreich.

In dem Augenblicke, wo die Neugestaltung Deutschlands auf Grund der Verträge des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten ihren Abschluß erhalten soll, richtet sich der Blick der deutschen Politiker vielfach auch auf die Beziehungen des neuen Deutschen Reiches zur österreichisch-ungarischen Monarchie, theils mit Rücksicht auf den Prager Frieden, in welchem Preußen und Oesterreich sich über ihre Auffassung von der damals erwarteten Gestaltung der deutschen Verhältnisse verständigt hatten, theils und vor Allem in dem Wunsche, mit dem mächtigen Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit ebenso wie den Gesinnungen der beiderseitigen Bevölkerung entsprechen.

In dem Prager Frieden war in Aussicht genommen, daß die süddeutschen Regierungen sich zu einem Bunde vereinigen würden, welcher neben einer eigenen unabhängigen Stellung zugleich in engere nationale Beziehungen zu dem Norddeutschen Bunde treten sollte. Diese Voraussetzung ist Seitens der süddeutschen Staaten nicht verwirklicht worden: dieselben haben nur die nationalen Beziehungen zu Norddeutschland und zwar zunächst in der Erneuerung des Zollvereins und in den Schutz- und Trugbündnissen angeknüpft.

Niemand mochte voraussehen, daß unter dem nationalen Aufschwunge, welchen der unerwartete französische Angriff hervorrief, die deutsche Entwicklung ihren Abschluß in der Errichtung eines neuen deutschen Reiches finden würde. Norddeutschland aber konnte diese aus dem Geiste des deutschen Volkes in freier Bewegung hervorgegangene Entwicklung nur freudig begrüßen.

Was Oesterreich betrifft, so darf dasselbe auf die Neugestaltung der deutschen Verhältnisse mit dem berechtigten Vertrauen blicken, daß alle Genossen des neuen deutschen Bundes mit unserem Könige von dem Verlangen beseelt sind, aufrichtig freundschaftliche Beziehungen zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarstaate zu pflegen, wie solche in den gemeinsamen Interessen und in der Wechselwirkung ihres geistigen und Verkehrslebens begründet sind.

Das deutsche Volk darf sich der Hoffnung hingeben, daß die Festigkeit und Sicherheit seiner nationalen Gestaltung von ganz Europa und besonders von den Nachbarländern nicht bloß ohne Besorgniß, sondern mit Genugthuung begrüßt werden, und daß insbesondere auch Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen werden.

Unsere Regierung wird nicht anstehen, der österreichisch-ungarischen Regierung gegenüber dieser Zuversicht offen und vertrauensvoll Ausdruck zu geben.

Vom Landtage. Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlprüfungen so rasch erledigt, daß die Wahl der Präsidenten schon am Freitag (16.) erfolgen konnte. Unmittelbar darauf legte der Finanzminister Camphausen den Entwurf des Staatshaushalts für 1871 vor. Derselbe schließt sich im Wesentlichen an den Etat des Jahres 1870 an und sind gegen diesen Etat verhältnismäßig nur wenige Veränderungen eingetreten.

In Bezug auf die Gesamtlage der Finanzen konnte der Finanzminister folgende günstige Erklärung geben:

»Wir sind heute in der Lage, daß das Defizit des Jahres 1868 vollständig gedeckt ist, daß die Verwaltung des Jahres 1869 vollständig regulirt ist, indem für alle Ausgabe-Rückstände, die am Schlusse des Jahres noch zu leisten waren, die entsprechenden Geldmittel reservirt worden sind; wir sind dann ferner in der Lage, daß, was das Jahr 1870 betrifft, wir trotz des eingetretenen Kriegszustandes, der natürlich nothwendigerweise auf die Einnahmen nicht ohne Einfluß geblieben ist, wir in diesem Augenblicke noch die Hoffnung festhalten dürfen, daß dieses Jahr ohne Defizit abschließen wird.«

Diese Erklärung wurde von dem Hause mit großer Befriedigung aufgenommen.

Die Hoffnung, daß es gelingen werde, den Etat noch vor Neujahr festzustellen, ist durch die Fortschrittspartei vereitelt worden, welche den Vorschlag des Präsidenten v. Forckenbeck, möglichst rasch in die Berathung einzutreten, zurückwies.

Das Herrenhaus beabsichtigt, mit Bezug auf die Uebertragung der Kaiserwürde auf unsern König eine Adresse an denselben zu richten.